

Wien, 13.09.2015

Betrifft: Politische Verantwortung

Liebe Mitmenschen!

Angesichts der Absehbarkeit eines baldigen größeren Zusammenbruchs des Währungssystems ist es uns wichtig, folgende Informationen bekannt zu machen.

Im Sommer 2014 haben Vertreter des Kreditopfervereins Gespräche mit Vertretern der Oppositionsparteien FPÖ, NEOS und Team Stronach geführt. Ziel dieser Gespräche war es, einen gemeinsamen Schulterschluss aller Oppositionsparteien in Sachen „Notfall-Währungs/Zahlungssystem“ im Falle eines Zusammenbruchs des bestehenden Währungssystems zu erreichen. Mit Vertretern der grünen Partei wurden keine direkten Gespräche geführt, da bereits im Vorfeld Bereitschaft für die Beteiligung an einem solchen Schulterschluss signalisiert wurde.

Konkrete Idee war, dass die politischen Vertreter aller Oppositionsparteien gemeinsam mit couragierten zivilen Initiativen ein Notfall-Währungs/Zahlungssystem ausarbeiten und vorbereiten. (Wie einfach so etwas prinzipiell möglich wäre, wissen informierte Menschen spätestens, seit bekannt geworden ist, dass eine Gruppe um den ehemaligen griechischen Finanzminister Varoufakis Ansätze für alternative Zahlungsverkehrssysteme konzipiert und vorbereitet hat.) Alle Gesprächspartner sprachen gänzlich unmissverständlich aus, dass auch für sie klar ist, dass das bestehende Geld- und Währungssystem zusammenbrechen wird – und das in absehbarer Zeit. Dass die Regierungsparteien Kenntnis über den Ernst der Lage hatten und haben müssen, versteht sich von selbst!

Nichtsdestotrotz war jedoch keine der österreichischen Parteien bereit, in ihrem Möglichkeitsbereich auch nur irgendwelche Taten zu setzen, um Vorbereitungen für den Notfall eines Währungszusammenbruchs zu treffen. Damit wird (so wie auch in der Flüchtlingsfrage) in aller Deutlichkeit gezeigt: Wer auf notwendige Maßnahmen von Seiten der Politik wartet, ist hoffnungslos verloren!

Diese Bekanntmachung hat noch einen weiteren Zweck: Wir machen hiermit für alle sichtbar, dass etwaige Behauptungen von politischen Vertretern, dass sie nichts gewusst und keine besseren Handlungsalternativen gehabt hätten – definitiv unwahr sind. Wenn es auch bei uns so weit ist und – so wie in Griechenland – Kapitalverkehrskontrollen eingeführt werden und Sie in der Schlange vor den Bankomaten stehen (so die Bankomaten überhaupt in Betrieb bleiben), dann denken Sie bitte daran, wer nichts getan hat, um Vorsorge zu treffen.

Sollten Sie, lieber Mitmensch, durch diese Bekanntmachung aufgewacht sein, stellen Sie sich vielleicht angesichts der unschönen Fakten die Frage: Welche Handlungsmöglichkeiten habe ich?

Wenn etwas als gesichert gelten kann, dann eines: Dass es in Zeiten wie diesen äußerst unweise ist, mehr als nur minimale Geldguthaben für die Abwicklung aller notwendigen Zahlungen bei einer Bank zu haben. (Hinweis: Alle einer Bank überlassenen Bargeldguthaben sind rechtliches Eigentum der Bank.)

Darüber hinaus verweisen wir auf **Fair Funding** <<http://www.fair-funding.org>> und das **Banken-Ranking** <<http://www.bankenranking.org>>.

Herzliche Grüße und bleiben Sie achtsam!

Team Kreditopferverein & Team Wiener Wende